

Berlin, den 20.10.2014

Michael Müller, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt
Engelbert Lütke Daldrup, Staatssekretär für Bauen und Wohnen
Christian Gaebler, Staatssekretär für Verkehr und Umwelt
Herr Huhn, X PI A
Frau Richter, III E

Kriminalisierung und Wohnraumvernichtung für die A100

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir haben heute Ihre Behörde aufgesucht, um Ihnen unseren Ärger über eine Reihe von Entscheidungen im Zusammenhang mit der Verlängerung der A100 mitzuteilen.

Wir lehnen das Bauprojekt grundsätzlich ab. Wir wollen endlich einen gut funktionierenden und kostenlosen öffentlichen Nahverkehr sowie flächendeckend sichere Radwege, statt noch mehr Verkehrstote durch Ihre Weichenstellung zugunsten der Bau- und Autoindustrie.

Konkreter Anlass unseres Besuches sind aber mehrere diesjährige Vorfälle im Zusammenhang mit dem Autobahnbau.

1.) Am 03.02. räumte ein Großaufgebot der Polizei eine Besetzung gegen die A100. Vor Ort stellte *Herr Huhn* (Abteilung X PI A) Strafantrag gegen alle Anwesenden. Deswegen sehen sich nun 5 engagierte A100-GegnerInnen mit Strafprozessen wegen Hausfriedensbruch konfrontiert. Eine Rücknahme des Strafantrags würde zur Einstellung der Verfahren führen.

Hören Sie auf, ihre Betonpolitik durch Kriminalisierung sozialer Bewegungen durchzusetzen! Nehmen Sie den Strafantrag zurück!

2.) Sie haben in den vergangenen Jahren hunderte Kleingärten für die A100 vernichten lassen. Viele ältere GärtnerInnen sind kurz darauf verstorben. Jetzt arbeiten sie mit Hochdruck an Räumung und Abriss einer weiteren Kleingartenanlage und zweier Wohnhäuser in der Beermannstraße in Treptow. Für die Vertreibung von MieterInnen und GärtnerInnen zuständig ist *Frau Richter* (Abteilung III E).

Sie vermittelt den BewohnerInnen der Häuser Ersatzwohnungen, die meist kleiner, teurer, weiter weg oder in einem schlechten Zustand sind. Gezahlt wird den Leidtragenden ausschließlich der Umzug, während mehrere zehntausend Euro in die Sicherung der leerstehenden Wohnungen geflossen sind. Gleichzeitig baut sie psychischen Druck auf, die Ersatzangebote anzunehmen. Die verbleibenden MieterInnen will sie quasi enteignen lassen (sog. Vorzeitige Besitzeinweisung).

Bei der Schätzung des Wertes der Kleingärten hat es eine ganze Reihe grober Unregelmäßigkeiten gegeben. Die Höhe der Entschädigungen wird dadurch gedrückt, so dass die Betroffenen keine Chance haben, in Berlin neue Gärten zu finden. Den GärtnerInnen wird gedroht, wenn sie eine höhere Entschädigung verlangen, müssten sie selbst ihr Hütten abreißen und Bäume fällen.

Ihre ohnehin zum Abriss vorgesehenen Hütten sollen sie besenrein an den Senat übergeben.

Wir sehen zurzeit einen dramatischen Anstieg der Obdachlosigkeit in Berlin. Daran haben Senat und Bezirke Mitschuld (z.B. durch Räumung der Cuvry-Brache, des Oranienplatzes, der Gerhard-Hauptmann-Schule sowie zahlloser zwangsgeräumter Wohnungen). In dieser Notsituation Wohnraum vernichten zu lassen, zeugt von kaum fassbarer Brutalität.

Wir wollen den Erhalt und die Nutzung der Wohnhäuser und Gärten in der Beermannstraße!

Mit verärgerten Grüßen

Besorgte BerlinerInnen